BESCHLÜSSE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 9. Dezember 2013

über eine zusätzliche finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an den Fischereiüberwachungsprogrammen der Mitgliedstaaten für 2013

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2013) 8576)

(Nur der bulgarische, der dänische, der englische, der estnische, der finnische, der französische, der griechische, der italienische, der kroatische, der lettische, der litauische, der maltesische, der niederländische, der polnische, der portugiesische, der rumänische, der schwedische und der spanische Text sind verbindlich)

(2013/762/EU)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Gemeinschaft zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts [1], insbesondere auf Artikel 21,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Auf der Grundlage der Anträge auf eine finanzielle Beteiligung der Europäischen Union, die die Mitgliedstaaten zusammen mit ihren Fischereiüberwachungsprogrammen für 2013 übermittelt haben, erließ die Kommission den Durchführungsbeschluss 2013/410/EU vom 10. Juli 2013 über eine finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an den Fischereiüberwachungsprogrammen der Mitgliedstaaten für 2013 [2], in dessen Rahmen aber nicht alle verfügbaren Haushaltsmittel für 2013 ausgeschöpft wurden.

(2) Dieser nicht verwendete Teil der Haushaltsmittel für 2013 ist nunmehr über einen neuen Beschluss zuzuteilen.

(3) Die Mitgliedstaaten wurden im Einklang mit Artikel 21 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 861/2006 aufgefordert, für die Zuteilung zusätzlicher Mittel Programme in den prioritären Bereichen vorzulegen, wie sie die Kommission in ihrem Schreiben an die Mitgliedstaaten vom 7. Juni 2013 festgelegt hat, d. h. Vorhaben zur Anpassung der elektronischen Aufzeichnungs- und Berichterstattungssysteme (ERS) in den Mitgliedstaaten, um der künftigen Verpflichtung zur Anlandung aller Fänge, einschließlich der Anpassung der Datenbanken der Mitgliedstaaten, der Interoperabilität der ERS, der Messung der Maschinenleistung sowie der Rückverfolgbarkeit von Fischereierzeugnissen, zu entsprechen. Die bei Investitionen in Rückverfolgbarkeitsvorhaben von den Wirtschaftsbeteiligten und/oder Mitgliedstaaten zu erfüllenden Voraussetzungen wurden von der Kommission in ihrem Schreiben vom 14. Mai 2012 an die Mitgliedstaaten festgelegt.

(4) Auf dieser Grundlage und angesichts der Haushaltszwänge wurden Anträge auf eine finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an Programmen z. B. zur Ausbildung und Sensibilisierung für die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik abgelehnt, da sie nicht die genannten prioritären Bereiche betreffen. Auch innerhalb der von der Kommission vorgegebenen prioritären Bereiche konnten aufgrund der bestehenden Haushaltszwänge nicht alle Vorhaben in den Programmen berücksichtigt werden. Die Kommission musste die Vorhaben, die kofinanziert werden sollen, danach auswählen, ob sie den festgelegten Prioritäten entsprechen.

(5) Bei Rückverfolgbarkeitsvorhaben ist es wichtig sicherzustellen, dass sie auf der Grundlage international anerkannter Normen gemäß Artikel 67 Absatz 8 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission [3] ausgearbeitet werden.

(6) Die Anträge auf eine finanzielle Beteiligung der EU wurden im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission vom 11. April 2007 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates in Bezug auf die Ausgaben, die den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik entstehen [4], überprüft.

[1] ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1.
[2] ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 54.
[3] ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1.
[4] ABl. L 97 vom 12.4.2007, S. 30.

(7) Es empfiehlt sich, die Höchstbeträge und den Satz der finanziellen Beteiligung der EU innerhalb der Grenzen gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 861/2006 festzusetzen und die Bedingungen festzulegen, unter denen diese Beteiligung gewährt werden kann.

(8) Zur Förderung von Investitionen in die von der Kommission festgelegten prioritären Maßnahmen und in Anbetracht der negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Haushalte der Mitgliedstaaten sollte für Ausgaben im Zusammenhang mit den genannten prioritären Bereichen ein hoher Kofinanzierungssatz innerhalb der Grenzen gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates gelten.

(9) Damit eine finanzielle Beteiligung gewährt werden kann, müssen die auf der Grundlage dieses Beschlusses kofinanzierten Vorhaben allen einschlägigen EU-Vorschriften und insbesondere der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 genügen.

(10) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für Fischerei und Aquakultur —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

Dieser Beschluss sieht eine zusätzliche finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an den Ausgaben vor, die den Mitgliedstaaten im Jahr 2013 bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 861/2006 entstehen. Festgelegt werden der Höchstbetrag der finanziellen Beteiligung der EU für jeden Mitgliedstaat, der EU-Beteiligungssatz und die Bedingungen, unter denen die Beteiligung gewährt werden kann.

Artikel 2

Abwicklung noch bestehender Mittelbindungen

Jeder Mitgliedstaat trägt dafür Sorge, dass alle Zahlungen, für die eine Erstattung beantragt wird, bis 30. Juni 2017 geleistet werden. Zahlungen, die ein Mitgliedstaat nach dieser Frist leistet, sind nicht erstattungsfähig. Nicht in Anspruch genommene Mittelbindungen im Zusammenhang mit diesem Beschluss werden spätestens zum 31. Dezember 2018 aufgehoben.

Artikel 3

Neue Technologien und IT-Netze

(1) Im Zusammenhang mit den in Anhang I genannten Vorhaben kann zu den Ausgaben für die Einführung von neuen Technologien und IT-Netzwerken, die eine rationelle und sichere Erhebung und Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit der Überwachung und Kontrolle von Fischereitätigkeiten ermöglichen sollen, eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 90 % der erstattungsfähigen Ausgaben — bis zu den in Anhang I festgesetzten Höchstbeträgen — gewährt werden.

(2) Bei Rückverfolgbarkeitsvorhaben ist die finanzielle Beteiligung der EU bei Investitionen durch Behörden der Mitgliedstaaten auf 1 000 000 EUR und bei privaten Investitionen auf 250 000 EUR begrenzt. Insgesamt dürfen pro Mitgliedstaat und Finanzierungsbeschluss maximal acht von privaten Wirtschaftsbeteiligten durchgeführte Rückverfolgbarkeitsvorhaben kofinanziert werden.

(3) Um eine finanzielle Beteiligung gemäß Absatz 2 zu erhalten, müssen alle auf der Grundlage dieses Beschlusses kofinanzierten Vorhaben den Anforderungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates [1] und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 genügen.

(4) Für die in Anhang I aufgeführten Vorhaben BG/13/02 im Zusammenhang mit Omega-Messgeräten, EL/13/10 im Zusammenhang mit Tablets für Kontrollzwecke und PT/13/08 im Zusammenhang mit Wiegevorrichtungen wird innerhalb der in Anhang I festgesetzten Höchstbeträge eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 50 % der erstattungsfähigen Ausgaben gewährt.

Artikel 4

Automatische Ortungsgeräte

(1) Im Zusammenhang mit den in Anhang II genannten Vorhaben kann zu den Ausgaben für den Erwerb und den Einbau von automatischen Ortungsgeräten zur Fernüberwachung von Fischereifahrzeugen mittels eines Schiffsüberwachungssystems (VMS) durch ein Fischereiüberwachungszentrum eine finanzielle Beteiligung von 90 % der erstattungsfähigen Ausgaben bis zu den in Anhang II festgesetzten Höchstbeträgen gewährt werden.

(2) Für die finanzielle Beteiligung gemäß Absatz 1 kommen nur automatische Ortungsgeräte in Betracht, die den Anforderungen der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 genügen.

Artikel 5

Elektronische Aufzeichnungs- und Meldesysteme

Im Zusammenhang mit den in Anhang III genannten Vorhaben kann zu den Ausgaben für Entwicklung, Erwerb und Einrichtung sowie die technische Betreuung von erforderlichen Komponenten von elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystemen (ERS), die Interoperabilität zwischen den ERS der Mitgliedstaaten und die Durchführung der Verpflichtung zur Anlandung aller Fänge (Rückwurfverbot) ermöglichen sollen, eine finanzielle Beteiligung von 90 % der erstattungsfähigen Ausgaben bis zu den in Anhang III festgesetzten Höchstbeträgen gewährt werden.

[1] ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1.

Artikel 6

Pilotprojekte

Im Zusammenhang mit den in Anhang V genannten Vorhaben kann zu den Ausgaben für Pilotprojekte im Bereich neuer Kontrolltechnologien eine finanzielle Beteiligung von 50 % der erstattungsfähigen Ausgaben bis zu den in Anhang V festgesetzten Höchstbeträgen gewährt werden.

Artikel 7

Höchstbetrag der EU-Beteiligung je Mitgliedstaat

Die geplanten Gesamtausgaben, der erstattungsfähige Anteil daran und der Höchstbetrag der EU-Beteiligung je Mitgliedstaat werden wie folgt festgelegt:

(in EUR)

Mitgliedstaat	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Belgien	430 000	280 000	252 000
Bulgarien	35 791	35 791	24 031
Dänemark	4 195 144	1 251 235	876 285
Estland	400 000	400 000	360 000
Irland	200 000	200 000	180 000
Griechenland	228 500	78 500	50 650
Spanien	2 989 879	1 037 300	769 570
Frankreich	2 058 585	1 356 145	631 082
Kroatien	267 490	267 490	227 400
Italien	1 850 000	422 000	379 800
Zypern	100 000	100 000	90 000
Lettland	124 038	124 038	111 634
Litauen	99 919	99 919	89 927
Malta	1 470 510	615 000	553 500
Polen	1 487 812	1 389 812	1 090 831
Portugal	443 954	161 500	143 150
Rumänien	40 000	0	0
Finnland	1 800 000	1 050 000	945 000
Schweden	2 450 000	1 150 000	1 035 000
Vereinigtes Königreich	31 553	25 710	23 140
Insgesamt	**20 703 175**	**10 044 440**	**7 833 000**

Artikel 8

Adressaten

Dieser Beschluss ist an das Königreich Belgien, die Republik Bulgarien, das Königreich Dänemark, die Republik Estland, Irland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, die Republik Kroatien, die Italienische Republik, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Malta, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, Rumänien, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland gerichtet.

Brüssel, den 9. Dezember 2013

Für die Kommission
Maria DAMANAKI
Mitglied der Kommission

ANHANG I

NEUE TECHNOLOGIEN UND IT-NETZE

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Bulgarien:			
BG/13/02	20 452	20 452	10 226
BG/13/03	15 339	15 339	13 805
Zwischensumme	***35 791***	***35 791***	***24 031***
Dänemark:			
DK/13/21	469 509	469 509	172 731
DK/13/23	335 363	335 363	301 827
DK/13/24	250 000	0	0
DK/13/25	250 000	0	0
DK/13/26	250 000	0	0
DK/13/27	278 000	0	0
DK/13/28	275 000	0	0
DK/13/29	275 000	0	0
DK/13/30	275 000	0	0
DK/13/31	275 000	111 000	99 900
DK/13/32	300 000	0	0
DK/13/33	403 423	0	0
DK/13/34	221 340	0	0
DK/13/35	2 146	0	0
Zwischensumme	***3 859 781***	***915 872***	***574 458***
Irland:			
IE/13/04	200 000	200 000	180 000
Zwischensumme	***200 000***	***200 000***	***180 000***
Griechenland:			
EL/13/10	50 000	50 000	25 000
EL/13/11	28 500	28 500	25 650
Zwischensumme	***78 500***	***78 500***	***50 650***
Spanien:			
ES/13/42	718 632	0	0
ES/13/45	454 090	0	0

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
ES/13/50	365 000	365 000	328 500
ES/13/54	33 900	0	0
ES/13/55	50 000	0	0
ES/13/56	16 000	16 000	14 400
ES/13/57	72 000	0	0
Zwischensumme	***1 709 622***	***381 000***	***342 900***
Frankreich:			
FR/13/14	498 798	498 798	250 000
FR/13/15	711 700	711 700	250 000
FR/13/16	276 000	0	0
FR/13/17	115 647	115 647	104 082
FR/13/18	176 440	0	0
Zwischensumme	***1 778 585***	***1 326 145***	***604 082***
Kroatien:			
HR/13/08	10 000	10 000	9 000
HR/13/10	247 490	247 490	209 400
Zwischensumme	***257 490***	***257 490***	***218 400***
Italien:			
IT/13/10	450 000	422 000	379 800
IT/13/11	1 400 000	0	0
Zwischensumme	***1 850 000***	***422 000***	***379 800***
Lettland:			
LV/13/04	124 038	124 038	111 634
Zwischensumme	***124 038***	***124 038***	***111 634***
Litauen:			
LT/13/06	15 929	15 929	14 336
LT/13/05	26 066	26 066	23 459
Zwischensumme	***41 995***	***41 995***	***37 795***
Malta:			
MT/13/04	55 510	0	0
MT/13/05	1 400 000	600 000	540 000
MT/13/06	15 000	15 000	13 500
Zwischensumme	***1 470 510***	***615 000***	***553 500***
Polen:			
PL/13/16	250 000	152 000	136 800
PL/13/17	147 512	147 512	132 761

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
PL/13/18	240 300	240 300	216 270
Zwischensumme	***637 812***	***539 812***	***485 831***
Portugal:			
PT/13/06	129 200	111 100	99 990
PT/13/08	5 500	5 500	2 750
PT/13/09	264 354	0	0
Zwischensumme	***399 054***	***116 600***	***102 740***
Rumänien:			
RO/13/18	40 000	0	0
Zwischensumme	***40 000***	***0***	***0***
Finnland:			
FI/13/11	350 000	350 000	315 000
FI/13/14	150 000	150 000	135 000
FI/13/15	750 000	0	0
Zwischensumme	***1 250 000***	***500 000***	***450 000***
Schweden:			
SE/13/04	500 000	0	0
SE/13/05	350 000	0	0
SE/13/06	450 000	0	0
SE/13/07	450 000	450 000	405 000
SE/13/08	200 000	200 000	180 000
Zwischensumme	***1 950 000***	***650 000***	***585 000***
Vereinigtes Königreich:			
UK/13/05	9 933	9 933	8 940
UK/13/06	1 753	1 753	1 578
UK/13/07	5 843	0	0
Zwischensumme	***17 529***	***11 686***	***10 518***
Insgesamt	**15 700 707**	**6 215 929**	**4 711 339**

ANHANG II

AUTOMATISCHE ORTUNGSGERÄTE

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Frankreich:			
FR/13/12	250 000	0	0
Zwischensumme	***250 000***	***0***	***0***
Vereinigtes Königreich:			
UK/13/04	14 024	14 024	12 622
Zwischensumme	***14 024***	***14 024***	***12 622***
Insgesamt	**264 024**	**14 024**	**12 622**

ANHANG III

ELEKTRONISCHE AUFZEICHNUNGS- UND MELDESYSTEME

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Belgien:			
BE/13/10	40 000	40 000	36 000
BE/13/11	200 000	200 000	180 000
BE/13/12	40 000	40 000	36 000
Zwischensumme	***280 000***	***280 000***	***252 000***
Dänemark:			
DK/13/22	335 363	335 363	301 827
Zwischensumme	***335 363***	***335 363***	***301 827***
Estland:			
EE/13/04	300 000	300 000	270 000
EE/13/05	100 000	100 000	90 000
Zwischensumme	***400 000***	***400 000***	***360 000***
Spanien:			
ES/13/43	246 300	246 300	221 670
Zwischensumme	***246 300***	***246 300***	***221 670***
Frankreich:			
FR/13/13	30 000	30 000	27 000
Zwischensumme	***30 000***	***30 000***	***27 000***
Kroatien:			
HR/13/09	10 000	10 000	9 000
Zwischensumme	***10 000***	***10 000***	***9 000***
Zypern:			
CY/13/04	100 000	100 000	90 000
Zwischensumme	***100 000***	***100 000***	***90 000***
Litauen:			
LT/13/04	57 924	57 924	52 132
Zwischensumme	***57 924***	***57 924***	***52 132***
Polen:			
PL/13/14	350 000	350 000	315 000
PL/13/15	100 000	100 000	90 000
Zwischensumme	***450 000***	***450 000***	***405 000***
Portugal:			
PT/13/07	44 900	44 900	40 410
Zwischensumme	***44 900***	***44 900***	***40 410***

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Finnland:			
FI/13/10	350 000	350 000	315 000
FI/13/12	200 000	200 000	180 000
Zwischensumme	***550 000***	***550 000***	***495 000***
Schweden:			
SE/13/09	500 000	500 000	450 000
Zwischensumme	***500 000***	***500 000***	***450 000***
Insgesamt	**3 004 487**	**3 004 487**	**2 704 039**

ANHANG V

PILOTPROJEKTE

(in EUR)

Art der Ausgaben	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatz-programms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben
Belgien:			
BE/13/13	150 000	0	0
Zwischensumme	***150 000***	***0***	***0***
Spanien:			
ES/13/44	471 074	0	0
ES/13/46	250 000	250 000	125 000
ES/13/48	160 000	160 000	80 000
ES/13/49	100 000	0	0
ES/13/51	2 000	0	0
Zwischensumme	***983 074***	***410 000***	***205 000***
Polen:			
PL/13/13	400 000	400 000	200 000
Zwischensumme	***400 000***	***400 000***	***200 000***
Insgesamt	**1 533 074**	**810 000**	**405 000**

ANHANG VI

BETRÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT PROGRAMMEN ZUR AUSBILDUNG UND SENSIBILISIERUNG FÜR DIE GFP-VORSCHRIFTEN, DIE ABGELEHNT WURDEN

(in EUR)

Mitgliedstaat und Vorhabencode	Im Rahmen des nationalen Fischereiüberwachungszusatzprogramms geplante Ausgaben	Ausgaben für die im Rahmen dieses Beschlusses ausgewählten Vorhaben	Höchstbeträge der EU-Beteiligung
Griechenland:			
EL/13/12	150 000	0	0
Zwischensumme	***150 000***	***0***	***0***
Spanien:			
ES/13/47	40 000	0	0
ES/13/52	8 082	0	0
ES/13/53	2 800	0	0
Zwischensumme	***50 882***	***0***	***0***
Insgesamt	**200 882**	**0**	**0**